IMT Nuremberg Archives

H – 2446

International Court of Justice

H2446 - 0002

OFFICE OF CHIEF OF COUNSEL FOR WAR CRIMES

EVIDENCE DIVISION

Date : 21 July 1948

I certify that Document Number 294-PS was introduced into evidence as Exhibit Number USA-185 in the Trial by the International Military Tribunal of Hermann GOERING, et al, which commenced on 20 November 1945, and that the attached photostat is a true and correct copy of the original.

Fred Niebergall

Fred NIEBERGALL
Chief, Document
Control Branch.

H2446 - 0003

C E R T I F I C A T E

I hereby certify that the annexed document 294-PS No. USA-185 is a photostat of an original document submitted in evidence by the United States Prosecution under this number. The original document has been withdrawn in accordance with Rule 10 of the International Military Tribunal, and to the best of my knowledge and belief is to be held at the National Archives, Washington D.C. .

Paul Joosten

Nuremberg, 15 July 1948

PAUL A. JOOSTEN

General Secretary
International Military
Tribunal

H2446 -0004

Abschrift

Geheime Reichssache!

II 1. 1767/44 g Rs.

Aufzeichnung.

Im Osten wird von Deutschland ein dreifacher Krieg geführt: Ein Krieg zur Vernichtung des Bolschewismus, ein Krieg zur Zertrümmerung des Großrussischen Reiches und endlich ein Krieg zum Erwerb von Kolonialland zu Siedlungszwecken und zur wirtschaftlichen Ausbeutung.

Diese dreifache Zielsetzung des Ostfeldzuges hat den ungeheuren Widerstand der Ostvölker zur Folge. Würde der Krieg lediglich zur Zerschlagung des Bolschewismus geführt, so wäre er längst zu unseren Gunsten entschieden, denn, wie auch alle Erfahrungen dieses Krieges selbst bestätigt haben, ist der Bolschewismus den Ostvölkern, vor allem der grossen Masse der Bauern, aufs Tiefste verhaßt. Auch die Auflösung des Großrussischen Reiches in seine völkischen Bestandteile hätte nicht den Widerstand hervorgerufen, dem wir jetzt begegnen. Wie die zahlreichen Gefangenenvernehmungen und sonstigen Erfahrungen zeigen, haben auch die einsichtsvollen Russen durchaus Verständnis dafür, daß dieser Krieg mit territorialen Verlusten für sie endet und die nichtrussischen Völker den Rahmen sprengen, in den Rußland sie gepreßt hatte. Die Widerstandskraft der Roten Armee ist zum allergrößten Teil auf das dritte Ziel unseres Feldzuges zurückzuführen. Mit dem den Ostvölkern eigenen Instinkt hat auch der primitive Mann bald herausgefühlt, daß für Deutschland die Parole "Befreiung vom Bolschewismus" nur ein Vorwand war, um die slawischen Ostvölker nach seinen Methoden zu versklaven. Damit aber auch gar keine Zweifel an diesem deutschen Kriegsziel bestehen, weist die deutsche Öffentlichkeit in steigendem Maße unverhüllt auf diese Absicht hin. Nicht nur für Deutschland wird öffentlich das eroberte Gebiet als Siedlungsraum beansprucht, ja selbst für Deutschlands erbitterte Feinde, die Holländer, Norweger u.a. Die wirtschaftliche Ausbeutung wird in Wort und Schrift proklamiert und unter

A 088611

fast

H2446 – 0005

fast völliger Ausschaltung der Belange der einheimischen Bevölkerung auch mit größter Rücksichtslosigkeit durchgeführt.

Für alle kriegsnotwendigen Maßnahmen und Abgaben hatte die Bevölkerung ein größeres Verständnis als die besiegten Völker des Westens. Aber der vom Bolschewismus zu stärkstem Selbstbewußtsein erzogene Arbeiter und Bauer empfand sehr bald, daß Deutschland ihn nicht als einen gleichberechtigten Partner ansah, sondern ihn lediglich als Objekt seiner politischen und wirtschaftlichen Ziele betrachtete. Das hat ihn namenlos enttäuscht, zumal er auf Deutschland ungeheure Erwartungen gesetzt hatte.

Die Hauptabteilung Politik des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete kann für sich in Anspruch nehmen, daß sie von Anfang an diese Lage klar erkannt hat. Es war bald offensichtlich, daß mit der Waffe allein der Krieg bei der ungeheuren Weite des Raumes und den unerschöpflichen Reserven des Gegners an Menschen und Material in kurzer Zeit nicht entschieden werden konnte, sondern daß wie bei allen großen Kriegen der letzten Zeit eine geistige Zersetzung hinzukommen und letzten Endes der Krieg in einen Bürgerkrieg umgewandelt werden mußte, zumal die deutsche Wehrmacht nicht die Absicht hat, das gesamte Territorium der Sowjetunion zu besetzen. Der russische Zusammenbruch 1917 und der deutsche Niederbruch 1918 sind ja auch nicht durch die Waffen allein, sondern in erster Linie durch die politische Zersetzung herbeigeführt worden. Was Lenin in Rußland bewerkstelligte, bewirkten die 14 Punkte Wilsons und das Wühlen des Marxismus in Deutschland. In der Sowjetunion haben wir nun eine Bevölkerung vorgefunden, die des Bolschewismus überdrüssig begierig auf neue Parolen wartete, die ihm eine bessere Zukunft in Aussicht stellen. An Deutschland lag es, solche Parolen zu finden, aber sie blieben aus. Die Bevölkerung der besetzten Ostgebiete hat uns mit Jubel als Befreier begrüßt und sich willig und aufgeschlossen uns mit Leib und Leben zur Verfügung gestellt. Wo Ukrainer und Russen, Weißruthenen und Angehörige der baltischen Völker in die deutsche Wehrmacht oder Polizei eingereiht wurden, haben sie fast ausnahmslos sich auf

das

A 088613

H2446 – 0006

das Beste bewährt und geschlagen. Die Hauptabteilung Politik suchte daher mit allen Mitteln dieses ungeheure Kapital, das uns in den Schoß gefallen war, zu erhalten und für unsere Zwecke zu nutzen. Hierzu war erforderlich, daß der Nationalsozialismus sich mit einer scharfen Trennungslinie vom Bolschewismus absetzte und der Bevölkerung Aussichten auf ein neues, besseres Leben eröffnete. Alle Maßnahmen, die die Hauptabteilung Politik vorschlug, waren auf dieses eine Ziel der Erhaltung dieses Kapitals ausgerichtet. Sie sind vielfach als Ausdruck einer weichen, sentimentalen, humanitären Einstellung, einer Art deutschen Gefühlsduselei, ausgelegt worden und waren in Wirklichkeit doch nur der Ausdruck einer ganz krassen Realpolitik. Denn es ging um nichts anderes, als die Millionenmassen des Ostraums in der angetroffenen Einstellung zu uns zu erhalten, um daraus militärisch, politisch und wirtschaftlich den größtmöglichen Nutzen für Deutschland zu ziehen. Gelang diese Politik, so waren größte Rückwirkungen auf die feindlichen Truppen zu erwarten. Jahrlang waren die Massen in der SU mit dem wirksamsten Propagandaapparat , der je existiert hat, gegen ihre Umwelt verhetzt' worden. Der Nationalsozialismus war bis 1939 die Zielscheibe für die gehässigsten Angriffe gewesen. Tag für Tag war war den Arbeitern und Bauern eingehämmert worden, daß die werktätigen Massen in Deutschland das Opfer grimmigster Ausbeutung seien. Mit äußerster Spannung sahen daher Arbeiter und Bauern der Sowjetunion der deutschen Verwaltung entgegen. Zwar hatten sie der bolschewistischen Propaganda nicht ganz getraut, aber mit einem gewissen Zweifel begegnete man doch den neuen Herren.

Die Völker der SU haben, wie wir alle wissen, Schwerstes durchgemacht. Daher sind sie von einer für uns unvorstellbaren Anspruchslosigkeit, auch auf politischem Gebiet. Eine Verwaltungsform, die nicht allein aus Ausplündern und Ausbeuten eingestellt war und die bolschewistischen Methoden beseitigte, hätte daher größte Begeisterung entfacht und uns eine Millionenmasse an die Hand gegeben. Und die Begeisterung in denbesetzten Ostgebieten hätte ihre Rückwirkung

A 088614

H2446 - 0007

wirkung auf die Widerstandskraft der Roten Armee gehabt. Es wäre leicht zu erreichen gewesen, daß der Rotarmist sich sagte: " Ich kämpfe für ein System, das weitaus schlimmer ist als das, das mich im Fall einer Niederlage erwartet. Unter den Deutschen werde ich es in jeder Hinsicht besser haben als bisher." Wäre diese Auffassung Allgemeingut der Rotarmisten geworden, wäre der Krieg sehr bald zu Ende gewesen.

Bei dieser Erkenntnis hielt es die H.A. Politik für ihre vornehmste Pflicht, unserer kämpfenden Truppe durch eine propagandistische Lähmung der Widerstandskraft der Roten Armee nach Kräften zu helfen und den Krieg auf diese Weise abzukürzen. Zu den zur Erreichung dieses Zieles vorgeschlagenen Maßnahmen gehören in erster Linie die Agrarordnung, die Religionsfreiheit , die sich wesentlich von der der Bolschewisten unterschied.

Bei der außerordentlich großen Bedeutung, die der Agrarfrage in der Sowjetunion beikommt, hatte die Hauptabteilung Politik bereits vor Beginn des Ostfeldzuges verlangt, daß die Kolchosen aufgelöst und wieder eine individuelle Agrarwirtschaft eingeführt würde. Dieser Antrag wurde vom Vierjahresplan mit dem Bemerken abgelehnt, daß während des Krieges organisatorische Veränderungen nicht in Frage kämen. Es gelang daher im August vorigen Jahres nur, eine Vergrößerung des Hoflandes durchzusetzen.

Ehe aber noch die Verwirklichung einsetzen konnte, hatte der Vierjahresplan erkannt, daß dem ungestümen Drängen der gesamten Bauernbevölkerung nach Auflösung der Kollektive im Interesse der Produktion selbst in irgendeiner Weise Rechnung getragen werden mußte. Die Forderung der Hauptabteilung Politik nach Auflösung der Kollektive fand ihren Niederschlag in der Neuen Agrarordnung. Wenige Monate hatten genügt, um nicht nur allen Wehrmachtsstellen bis zum jüngsten Leutnant in vorderster Linie,sondern auch den Dienststellen in der Heimat und der Zivilverwaltung in den besetzten Ostgebieten die Reformbedürftigkeit der Kolchosverfassung klar zu machen. Die einzige Ausnahme in dieser Erkenntnis bildeten die beiden Herren Reichskommissare,

deren

H2446 - 0008

deren Widerspruch leider eine Verzögerung von mehreren Wochen bewirkte. Die Neue Agrarordnung erschien kurz vor der Frühjahrsbestellung und wurde von der Abteilung Presse und Propaganda der Hauptabteilung I auf einer starken Propagandawelle in die Gebiete getragen. Ihr unmittelbarer Erfolg war eine geradezu unvorstellbare Arbeitsleistung der Bevölkerung bei der Frühjahrsbestellung, die trotz ungünstiger Vorbedingungen durchgeführt werden konnte. Trotzdem ist eine nachhaltige Wirkung auf den Feind bisher ausgeblieben. Selbstverständlich hat die gegnerische Propaganda sich mit allen Mitteln gegen unsere Agrarordnung gewandt. Ihr Hauptargument war, daß es sich hierbei nur um ein Versprechen handele, das augenblickliche taktische Erfolge bezwecke, daß aber Deutschland im übrigen das Land später ausschließlich seinen Zwecken dienstbar machen wolle. Eine Stütze fand dieses Argument in der sehr schleppenden Durchführung der Agrarordnung, die zum Teil allerdings auf objektive Momente (Fehlen von Landmessern, Flurbüchern, Vermessungsgeräten usw.) zurückzuführen ist.

Vorgesehen war, daß 1942 in der Ukraine 20 % Gemeinwirtschaften in Landbaugenossenschaften umzuwandeln seien. Die Vergrößerung des Hoflandes, die das Hauptkriterium der Gemeinwirtschaft darstellt und überall unverzüglich durchgeführt werden , zumal sie wie erwähnt schon im August 1941 angeordnet war, ist bisher noch nicht einmal bei 10% der Gemeinwirtschaften erreicht worden. Die Umwandlung in Landbaugenossenschaften hat überhaupt erst vor kurzem begonnen und soll nach den Richtlinien des Landesbauernführers Körner von Ende August in diesem Jahr nicht mehr als 10% erreichen. Bei dieser Sachlage ist es verständlich, daß große Teile der ukrainischen Bauernschaft der gegnerischen Propaganda unterlegen sind und den Glauben an den Ernst unserer Absichten verloren haben.

Die Religionsfreiheit sollte gleichfalls eine propagandistische Schockwirkung hervorrufen. Nach monatelangen Verhandlungen wurde jedoch beschlossen, die Religionsfreiheit nicht feierlich zu verkünden, sondern sie möglichst still über die Bühne gehen zu lassen. Die Propagandawirkung entfiel somit weitgehend.

A088616

Als

H2446 - 0009

Als die HA Politik die Hinauszögerung der Entscheidung in der Kirchenfrage bemerkte, suchte sie Ersatz in einem anderen Propagandamittel, in der Frage der Reprivatisierung. Hier konnte einmal deutlich der ganzen Welt gezeigt werden, daß der Nationalsozialismus sich entschieden von den bolschewistischen Enteignungsmaßnahmen absetzte und eine neue Eigentumsordnung einführen würde. Die erste Voraussetzung für eine propagandamässige Verwertung dieser Parole wäre die sofortige Aufhebung der Enteignungsmaßnahmen in den Baltenländern gewesen, wo der Bolschewismus noch nicht ein Jahr regiert hatte und man infolgedessen ohne weiteres an die früheren Eigentumsverhältnisse hätte wieder anknüpfen können. Zum grenzenlosen Erstaunen der Bevölkerung aber zog die deutsche Verwaltung es vor, die Rolle des Hehlers der von den Bolschewisten geraubten Gegenstände zu spielen. Von allen Generalkommissaren in den Baltenländern wurde auf die Notwendigkeit der Reprivatisierung für die psychologische Behandlung der Bevölkerung hingewiesen, die bekanntlich für das Deutschtum gewonnen werden soll. Selbst nachdem der Vierjahresplan in der Erkenntnis, daß eine weitere Hinauszögerung der Reprivatisierung auch die deutschen Wirtschaftsinteressen schädige, seine ursprünglichen Bedenken aufgegeben hatte, erfolgte entgegen aller politischen Einsicht, lediglich auf den unbegründeten Einspruch des Reichskommissars hin, das grundsätzliche Bekenntnis zur Wiederherstellung der vorbolschewistischen Eigentumsordnung nicht.

Wieder war uns eine wesentliche Waffe zur Zersetzung der gegnerischen Front aus der Hand gewunden worden, eine Waffe, die in ihrer Wirkung nicht unterschätzt werden darf. Denn die entschädigungslose Enteignung des Privateigentums durch die Bolschewisten hatte seiner Zeit das Entsetzen nicht nur der russischen bürgerlichen Kreise einschließlich der besser gestellten Bauern, sondern auch der ganzen zivilisierten Welt hervorgerufen. Diese Welt einschließlich der vom Bolschewismus enttäuschten Arbeiter und Bauernmassen in der Sowjetunion erwarteten daher nunmehr eine klar Stellungnahme Deutschlands in dieser Frage. Dieses Schweigen Deutschlands machte sich selbstverständlich

A 088617

die

H2446 – 0010

die gegnerische Propaganda zunutze, die den Sowjetmassen glaubwürdig einreden konnte, daß Deutschland keine Wiederherstellung des Privateigentums plane. /

Die Hauptabteilung Politik hat ferner stets betont, daß den Völkern des Ostens irgend etwas Konkretes über ihre Zukunft gesagt werden müsse. Sie wies darauf hin, falls wir der stalinschen Propaganda nicht entgegenträten, die Völker dieser Propaganda erliegen müßten, das heißt, an ihre eigene Versklavung durch Deutschland glauben würden. Die Hauptabteilung Politik hat daher entsprechend zahllosen Anregungen von Wehrmachtsstellen wiederholt auf die Zweckmässigkeit hingewiesen, daß von autoritativer deutscher Seite die slawischen Ostvölker hinsichtlich ihrer Zukunft beruhigende Zusicherungen erhielten. Als das beste Mittel wurde bezeichnet, eine Art Gegenregierung gegen Stalin aus einem kriegsgefangenen roten General ins Leben zu rufen oder, wenn man den Ausdruck Regierung vermeiden wollte, lediglich einen aufsässigen General etwa nach dem Muster de Gaulle, der der Kristallisationspunkt für alle mit Stalin unzufriedenen Rotarmisten werden sollte. Die Richtigkeit dieser Auffassung hat auch in der Folgezeit ihre Bestätigung durch zahllose Aussagen von Kriegsgefangenen erfahren, die alle unabhängig voneinander ausgesagt haben, daß das völlige Schweigen Deutschlands hinsichtlich der russischen Zukunft das Schlimmste befürchten lasse. Viele würden gern überlaufen, aber sie wüßten nicht, zu wem sie gingen. Unter den Fahnen eines anerkannten gegenrevolutionären Führers würden sie gern und tapfer gegen das bolschewistische Regime kämpfen.

Alle diesbezüglichen Vorschläge wurden im wesentlichen abgelehnt. Lediglich für Verbände der Turk- und Kaukasusvölker sowie der Kosaken wurde die Erlaubnis zum Fronteinsatz erwirkt und zuletzt nach einigen Rückschlägen auch für die Esten. Bei der Schwierigkeit des Truppenersatzes ging die Truppe allgemein dazu über, Kriegsgefangene und Zivilisten in ihren Reihen einzustellen, in erster Linie für die rückwärtigen Dienste. Aber selbst in vorderster

Linie

A 088618

H2446 - 0011

Linie fanden sie Verwendung und schlugen sich ausgezeichnet. Erst in den letzten Wochen wurde unter dem Druck der Partisanengefahr die Aufstellung landeseigener Verbände, jedoch lediglich zur Bandenbekämpfung erlubt. Aber auch diese Maßnahme wird ohne propagandistische Wirkung bleiben, wenn nicht ein Fronteinsatz gestattet und eine Persönlichkeit mit klangvollem Namen an die Spitze der Verbände gestellt wird.

Die Hauptabteilung Politik war aber auch zur Erreichung ihres oben gekennzeichneten politischen Zieles in hohem Maße gezwungen, Maßnahmen von deutscher Seite, die die Widerstandskraft des Gegners stärkten, aufzuheben oder wenigstens weitgehend abzuwandeln.

In erster Linie wäre hier die Behandlung der Kriegsgefangenen zu nennen. Es ist bei Freund und Feind kein Geheimnis mehr, daß Hunderttausende von ihnen in unseren Lagern buchstäblich verhungert und erfroren sind. Angeblich waren für sie nicht genügend Lebensmittel vorhanden. Sonderbar ist allerdings, daß lediglich für die Kriegsgefangenen aus der Sowjet-Union die Lebensmittel fehlten, während Klagen über die Behandlung anderer Kriegsgefangener Polen, Serben, Franzosen und Engländer nicht laut geworden sind. Es ist selbstverständlich, daß nichts so geeignet war, die Widerstandskraft der Roten Armee zu stärken wie das Bewußtsein, in deutscher Kriegsgefangenschaft einem langsamen qualvollen Tode entgegenzugehen. Hier ist es allerdings den unablässigen Bemühungen der Hauptabteilung Politik gelungen, eine wesentliche Verbesserung des Loses der Kriegsgefangenen herbeizuführen. Diese Verbesserung ist zwar nicht politischer Einsicht zuzuschreiben, sondern der plötzlichen Erkenntnis, daß unserem Arbeitsmarkt dringend Kräfte zugeführt werden mußten. Wir erlebten nun das groteske Bild, daß nach dem gewaltigen Hungersterben der Kriegsgefangenen Hals über Kopf Millionen von Arbeitskräften aus den besetzten Ostgebieten angeworben werden mußten, um die in Deutschland entstandenen Lücken auszufüllen. Jetzt spielte auf einmal die Ernährungsfrage keine Rolle mehr. In der üblichen grenzenlosen Mißachtung des slawischen Menschen wurden bei der "Werbung" Methoden angewandt, die wohl nur in den schwärzesten Zeiten des Sklavenhandels ihr Vorbild haben.

A 088619

Es

H2446 – 0012

Es setzte eine regelrechte Menschenjagd ein. Ohne Rücksicht auf Gesundheitszustand und Lebensalter wurden die Menschen nach Deutschland verfrachtet, wo sich alsbald herausstellte, daß weit über 100 000 wegen schwerer Krankheiten und sonstiger Arbeitsunfähigkeit zurückgeschickt werden mußten. Es bedarf keines Hinweises, daß diese Methoden, die natürlich auch nur in der Sowjet-Union, keineswegs etwa in dieser Form auch in den Feindländern wie Holland, Norwegen angewandt wurden, ihre Rückwirkung auf den Widerstand der Roten Armee haben mußten. Wir haben es der Sowjet-Propaganda wirklich überaus leicht gemacht, den Haß gegen Deutschland und das nationalsozialistische System zu schüren. Immer tapferer kämpft der Sowjet-Soldat trotz der Bemühungen unserer Politiker, für diese Tapferkeit einen anderen Namen zu finden. Immer mehr wertvolles deutsches Blut muß fließen, um den Widerstand der Roten Armee zu brechen. Selbstverständlich war die Hauptabteilung Politik unablässig bemüht, die Methode des Arbeiterfanges und die Behandlung der Arbeiter in Deutschland auf eine vernünftige Grundlage zu stellen. Ursprünglich hatte man in allem Ernst daran gedacht, von den nach Deutschland verschickten Arbeitern Höchstleistungen bei minimaler Kostes zu verlangen. Auch hier wieder hat nicht politische Einsicht, sondern lediglich primitivste biologische Erkenntnis zu einer Besserung geführt. Jetzt sollen 400 000 Hausgehilfinnen aus der Ukraine nach Deutschland kommen und schon verkündet die deutsche Presse öffentlich, daß diese kein Recht auf Freizeit haben, Theater, Kinos, Restaurants usw. nicht besuchen dürfen und sie höchstens 3 Stunden in der Woche von dienstlichen Ausnahmen abgesehen das Haus verlassen dürfen.

Zu all dem tritt noch die Behandlung der Ukrainer im Reichskommissariat selbst. Mit einer Überheblichkeit sondergleichen setzen wir uns über alle politischen Erkenntnisse hinweg und behandeln zum freudigen Erstaunen der gesamten farbigen Welt die Völker der besetzten Ostgebiete als Weisse 2. Klasse, denen die Vorsehung angeblich lediglich die Aufgabe gestellt hat, für Deutschland und Europa Sklavendienste zu tun.

A 088620 Nur

Jackson 1X

H2446 – 0013

Nur die geringste Schulbildung wird ihnen zugestanden, eine Fürsorge für sie darf nicht erfolgen. Ihre Ernährung interessiert uns nur soweit als sie noch arbeitsfähig sind, und in jeder Beziehung wird ihnen zu verstehen gegeben, daß wir sie als minderwertig betrachten.

Bei dieser Sachlage kann man folgendes feststellen:

1. Die Widerstandskraft der Roten Armee und die Stärke der Partisanenbewegung ist in dem gleichen Maße gestiegen, als die Bevölkerung unsere wahre Einstellung ihr gegenüber erkannte. Die Waffentaten unserer herrlichen Armee sind also genau wie 1918 durch eine unzulängliche Politik neutralisiert worden. Unsere Politik hat Bolschewiken und nationale Russen in eine Front gegen uns getrieben. Der Russe kämpft heute mit äußerster Tapferkeit und Selbstaufopferung für nichts mehr und nichts weniger als für die Anerkennung seiner Menschenwürde.

2. Unsere Politik, die Ukraine als ein Gegengewicht gegen das mächtige Rußland, gegen Polen und den Balkan und als Brücke zum Kaukasus zu benutzen, hat völligen Schiffbruch erlitten. Die 40 Millionen Ukrainer, die uns als Befreier jubelnd begrüßten, stehen uns heute indifferent gegenüber und beginnen bereits ins feindliche Lager abzuschwenken. Gelingt es uns nicht, diesen Zustand im letzten Augenblick aufzuhalten, so laufen wir Gefahr, von heute auf morgen in der Ukraine eine Partisanenbewegung zu haben, die nicht nur die Ukraine weitgehend als Lieferanten von Lebensmitteln ausschaltet, sondern auch den Nachschub des deutschen Heeres unterbindet, seine Existenz gefährdet und damit die Gefahr einer deutschen Niederlage herbeiführen muß.

   Will man diese Gefahr, die das deutsche Volk bedroht noch im letzten Augenblick bannen, so ist folgendes erforderlich:

   1. Gegenüber der Ukraine muß eine absolut positive Politik in jeder Hinsicht getrieben werden. Die Ukraine darf für uns nicht lediglich Ausbeutungsobjekt sein, sondern die Bevölkerung muss ernsthaft fühlen, daß

A 088621

H2446 - 0014

Deutschland ihr Freund und Befreier ist. Die deutschen Wirtschaftsstellen müssen dafür verantwortlich sein, daß der Bevölkerung das Existenzminimum gesichert ist. Eine zwangsweise Aushebung von Arbeitskräften in den besetzten Ostgebieten muß sofort unterbunden werden. Die Behandlung der Ukrainer und der übrigen Ostvölker im Reich muß anständig und menschenwürdig sein. In der Öffentlichkeit in Wort und Schrift muß alles vermieden werden, was irgendwie erkennen läßt, daß wir diese Gebiete als Ausbeutungsobjekt betrachten. Dem russischen Volk muß etwas Konkretes über seine Zukunft gesagt werden, dies um so mehr, als Deutschland nicht beabsichtigt, und auch nicht die Kraft besitzt, das gesamte russische Territorium zu besetzen.

2. Als Exponent für die oben gekennzeichnete Politik, die weder die Rolle der Ukraine in der Weltpolitik erkannt hat und es fertig gebracht hat, uns die Freundschaft eines 40 Millionenvolkes zu verscherzen, die dadurch schuldig ist an der Stärkung der Widerstandskraft der Roten Armee und der Verlängerung des Krieges mit allen ihren Konsequenzen gilt allgemein die Behörde des Reichskommissars für die Ukraine. Diese Behörde sieht ihre einzige Aufgabe in der wirtschaftlichen Ausbeutung des Landes. Je länger der Krieg aber dauert, desto mehr müssen politische Kräfte eingesetzt werden. Es wäre deshalb zweckmässig, an die Spitze des Reichskommissariats eine Persönlichkeit zu stellen, die auch genügend politische Fähigkeiten besitzt.

Vollziehen wir nicht in letzter Minute diesen Kurswechsel, so kann mit Bestimmtheit gesagt werden, daß die Widerstandskraft der Roten Armee und des gesamten russischen Volkes sich noch mehr steigert, und Deutschland weiterhin sein bestes Blut opfern muss. Ja, es muß offen ausgesprochen werden, daß sogar die Möglichkeit einer deutschen Niederlage in greifbare Nähe rückt, zumal wenn die Partisanenbewegung, was Stalin mit allen Mitteln anstrebt, auch auf weitere Teile der

Ukraine

A 088622

H2446 – 0015

Ukraine übergreift. Man wende nicht ein, daß in der Südukraine wegen des Fehlens von Sümpfen und Wäldern eine solche Gefahr nicht bestehe. Es sei nur an den Bandenführer Machno erinnert, der ungefähr 2 Jahre lang die Ukraine terrorisiert hat und sich allen Verfolgungen zu entziehen verstand. Es wäre auch falsch seine Hoffnung auf den wirtschaftlichen Zusammenbruch der Sowjetunion zu setzen. Gewiß sind die Verluste an fruchtbarem Land, Rohstoffen und Industriewerken sehr bedeutend. Andererseits verbleibt ihnen aber noch das an Rohstoffen aller Art überaus reiche Uralgebiet, das seit 14 Jahren mit allen Kräften industriell entwickelt wird, sowie das reiche Sibirien. Endlich wissen wir, daß die Sowjets systematisch eine Vorratswirtschaft getrieben haben und wir den englisch-amerikanischen Nachschub nicht völlig unterbinden können.

Vollziehen wir aber den vorgeschlagenen Kurswechsel, so kann mit Sicherheit angenommen werden, daß auch die Zersetzung der Roten Armee gelingt. Denn in dem Augenblick ist die Widerstandskraft der Rotarmisten gebrochen in dem er zu der Überzeugung gelangt, daß Deutschland ihm ein besseres Leben bringt als er unter den Sowjets geführt hat und Deutschland auch ein klein wenig Rücksicht nimmt auf seine völklichen Eigenschaften, mit anderen Worten ihm nicht seine Seele rauben will.

Das Problem ist zu ernst, um ohne Entscheidung bleiben zu können. Hier handelt es sich um die Zukunft des deutschen Volkes, unter Umständen sogar um Sein oder Nichtsein. Die ständige These der Hauptabteilung Politik daß ein schneller Sieg nicht ausschliesslich mit Hilfe der Waffen, sondern nur im Verein mit einer groß angelegten politischen Offensive errungen werden könne, hat sich bewahrheitet. Daß fast ausschliesslich Nichtrußlandkenner in der Verwaltung der besetzten Ostgebiete Verwendung gefunden haben, ist wohl einer der Gründe dafür, daß diese These sich noch nicht durchgesetzt hat. Die Herren tasten sich erst langsam an die Probleme heran.

A088623

H2446 – 0016

heran, wozu sie meist noch die Dolmetscher benötigen. Trotzdem ist heute schon festzustellen, daß weite Kreise der unteren Verwaltungsführer in der Ukraine über den von oben befohlenen Kurs geradezu entsetzt sind. Sie sind aber nicht in der Lage, sich durchzusetzen. Um so mehr sollte man daher der auf bester Sach- und Leutekenntnis beruhenden Auffassung der Hauptabteilung Politik vertrauen, die auch heute noch von einem baldigen siegreichen Ende des Krieges überzeugt ist, sofern ihre politische Linie befolgt wird.

Berlin, den 25. Oktober 1942

gez. Brütigam

A 088621

H2446 – 0017

294-PS

H-2446

EXHIBIT U.S.A. 185 (294-PS)

Filed Dec. 12, 1945
[illegible]
[illegible]

INTERNATIONAL MILITARY TRIALS · NÜRNBERG ·

EXHIBIT U.S.A.

185

(294-PS)

A 088610

H2446 - 0018

H2446-0019

13 pages

13. Pages

EXHIBIT U.S.A. 185 (294-PS)

H2446-0020

881